



TERMINE

Ausstellungen

Politics of friendship, Semesterarbeiten der Fotografie-Studierenden der FH Bielefeld, online unter www.kunstverein-bielefeld.de und Vitrine Außenmauer, Kunstverein, Welle 61, Tel. 17 88 06.

Musik

Rondiva: Live Stream Konzert, www.youtube.com/user/RonDivaPlatten/videos, 21.00, Tor 6 Theaterhaus, Hermann-Kleinewächter-Str. 4.

Politik

Stadtrat, 17.00, Stadthalle, gr. Saal, Willy-Brandt-Platz 1.

In den Ortsteilen

Mitte

Kunst leuchtet: Werke von Almuth Wessel, im Galeriefenster, Künstlerinnenforum, Stapenhorststr. 73.

Stadtbibliothek, nur Medienbestell- u. Abholservice, Infos unter stadtbibliothek.information@bielefeld.de oder Tel. 51-5000, 10-17.00, Neumarkt 1.

Die BI-PB Show: Drei Hasen gibt's doch gar nicht, mit Erwin Grosche, Ingo Borchers, Julia Ures u.a.; online zu sehen über www.buehne21.de, 18.00, Kanal 21, Meisenstr. 65.
Meinolfmarkt, 7.00 bis 13.00, Platz an Kirche, Meinolfstr. 1.

Heepen

Markt Brake, 7-13.00, AWO-Treffpunkt Brake, Wefelshof 9.

Markt Baumheide, 7.00 bis 13.00, Marktkauf Baumheide, Parkplatz, Rabenhof 64.

Stieghorst

Schul- und Stadtteilbibliothek Stieghorst, Medienbestell- und Abholservice, 10-13 und 15-17, Infos unter stadtbibliothek.stieghorst@bielefeld.de oder Tel. 51-2934, Am Wortkamp 3.

Schildesche

Schul- und Stadtteilbibliothek Schildesche, nur Medienbestell- u. Abholservice, 10-13 und 15-17, stadtbibliothek.schildesche@bielefeld.de, Tel. 51-2454, Apfelstr. 210.

Dornberg

Stadtteilbibliothek Dornberg, nur Medienbestell- und Abholservice, ehrenamtliche. BiblioDornberg@bielefeld.de oder Tel. 51-3071, 15.00 bis 18.00, Wertherstr. 436.

Sennestadt

Stadtteilbibliothek Sennestadt, nur Medienbestell- und Abholservice, 10 – 13 und 15 – 17, stadtbibliothek.sennestadt@bielefeld.de oder Tel. 51-5584, Elbeallee 70.

BERICHTIGUNG

◆ In die Berichterstattung zu bald bebauten Kirchgrundstücken hat sich ein Fehler eingeschlichen: Die Kirche der Martinikirche ist nicht die Martinikirche, in dieser sitzt seit Jahren ein Restaurant – die Kirche ist die Stephanuskirche.

Tonnenweise Bauschutt illegal entsorgt

Anwohner ärgern sich über Betonteile, Teerpappe und Bauschaum auf einem Wanderweg an der Heidsieker Heide. Das Bezirksamt hat den Verursacher ausfindig gemacht – und eine Frist für die Beseitigung gesetzt.

Sylvia Tetmeyer

■ **Jöllenbeck.** „Es begann im vergangenen November“, berichtet eine Anwohnerin. Plötzlich seien auf einem über 30 Meter langen Stück eines Wanderweges, der bei Getränke Müller an der Heidsieker Heide entlangführt, Mengen von roten, zerkleinerten Dachziegeln aufgetaucht. Vor anderthalb Wochen habe dann jemand Betonteile abgekippt. „Erst waren es mehrere Berge. Dann wurde alles großflächig verteilt“, erzählt Torsten-Roman Jacke.

Andrea Marten vom Umweltbetrieb teilt mit, dass es sich um einen Privatweg handelt. „Trotzdem darf im Landschaftsschutzgebiet nicht tonnenweise Müll entsorgt werden“, schimpft Rüdiger Maass, der in einigen Metern Entfernung wohnt. Der Betonfachmann schätzt, dass es sich um mehrere Tonnen handelt.

Er habe schon beobachtet, dass Gäste des benachbarten Hotels Weitblick verwundert



Zwischen den Betonresten stecken auch Metallgegenstände.

den Kopf geschüttelt hätten. Sowohl der Kronenweg als auch der Wanderweg A2 seien nun auf rund 70 Metern nicht mehr nutzbar. Spaziergänger gehen neben dem Schutt entlang. Dort hat sich inzwischen ein schmaler Pflanzweg gebildet. „Die roten Dachziegel bestehen aus Naturmaterial, in den Betonziegeln sind aber auch andere Materialien, die für Tiere gefährlich werden können“, sagt eine Hundebesitzerin. Vögel, die jetzt nach Nistmaterial suchen, könnten mit dem gelben Bauschaum in Kontakt kommen.

Eine Mitarbeiterin des Bezirksamtes war kürzlich vor Ort, um den Müll in Augenschein zu nehmen. „Wir haben dem Verursacher ein Schreiben zugestellt“, berichtet Annika Herold. Er habe nun drei Wochen Zeit, um den Schutt zu beseitigen und aus der Erde zu entfernen. „So etwas geht überhaupt nicht“, betont die Mitarbeiterin des Bezirksamtes. Auch die roten Dachziegel dürften nicht zerkleinert und in den Boden eingearbeitet werden. „Dazu gibt es einen Erlass. Baustoffe müssen über ein spezielles Verfahren wieder aufbereitet werden.“ Nur das Umweltamt könne dafür eine Genehmigung erteilen.

Wie geht es nun weiter? „Der Verursacher hat zunächst die Möglichkeit, sich zu äußern und darzulegen, warum er den Bauschutt dort abgekippt hat. Wenn er ihn nicht innerhalb



Torsten-Roman Jacke (l.) und Rüdiger Maass haben entdeckt, dass an vielen Betonziegeln noch gelber Bauschaum klebt. Vögel könnten ihn als Nistmaterial nutzen.

der Frist beseitigt, kann es zu einer Verwarnung, einem Ordnungswidrigkeitsverfahren oder später zu einem Bußgeldverfahren kommen“, erklärt Annika Herold.

Bezirksbürgermeister Mike Bartels hofft nun, dass die Zieglreste in den nächsten Wo-

chen entfernt werden: „Die Polizei war auch schon vor Ort.“ Bezirksvertreter Klaus Feurich (Grüne) stellt zur kommenden Sitzung der Bezirksvertretung am 29. April eine Anfrage. „Zwar ist es durchaus üblich, forst- und landwirtschaftliche Wirt-

schaftswege mit Dachziegelbruch auszubessern, allerdings handelt es sich unseres Wissens hier nicht um einen solchen Wirtschaftsweg.“

Außerdem sei deutlich zu erkennen, dass die Betonziegel mit Bauschaum, Teerpappe und bleihaltigem Befesti-

gungsmaterial kontaminiert seien. Die Grünen gehen von einer Gefährdung im Landschaftsschutzgebiet aus und wollen wissen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um weitere Umweltgefährdungen auszuschließen und den Weg wieder nutzbar zu machen.

Kritik mit Erfolg: Buslinie gestoppt

Spindelstraße für Gelenkbusse zu eng. Aber Alternativangebote sollen geprüft werden.

■ **Mitte** (aut). Zu eng, zu belastend, zu gefährlich. Dass Gelenkbusse durch die teils recht schmale Spindelstraße im Osten fahren, ärgert Anlieger. Das ist bisher aber nur eine Übergangslösung, weil die Linien 369 und 196 wegen des Hochbahnsteigbaus auf der Oldentruper Straße umgeleitet werden. Doch MoBiel würde es gern zur Dauerlösung machen. Das sorgt für Kritik – und ist erst einmal gestoppt. Aber Thema bleibt es.

Denn die Spindelstraße ist ohne die umgeleiteten Linien eher mäßig an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Die Bezirksvertretung Mitte ging deshalb auf die Bedenken vor Ort ein und lehnte die dauerhafte Verlegung der Linie 369 in die Spindelstraße ab. Sie beauftragte aber auch auf Antrag von SPD und CDU, für das Gebiet rund um die Spindelstraße zeitnah ein besseres Erschließungskonzept

vorzulegen. Dazu könnten zum Beispiel kleinere Busse gehören.

„Nicht der Bus ist das Problem, sondern die 18 Meter langen Gelenkbusse sind für die Spindelstraße ungeeignet“, sagte SPD-Fraktionschef Frederik Suchla. Deshalb sei der MoBiel-Vorschlag so nicht umsetzbar. Aber das Quartier müsse besser versorgt werden.

„Die ganz großen Busse müssen raus“, ergänzte Andre Langeworth (CDU): „Die passen da nicht rein.“ Vor allem an der Rufheidschule sei morgens oft „ein Gewusel“, da sei die Sicherheit nicht gewährleistet. Mit 11 zu 8 Stimmen von SPD, CDU, FDP, AfD und Partei wies die BVZ die MoBiel-Forderung zurück und forderten ein Alternativangebot für die Spindelstraße.

Das ging Grünen und Linken aber nicht weit genug, sie befürchten bei der Prüfung Zeitverlust. Peter Ridder-Wil-

kens schlug für die Linke vor, statt der 369 die Linie 24 als Alternative durch die Spindelstraße zu führen, um das große Wohngebiet besser zu versorgen. Doch auch die sei stark frequentiert und nutze Gelenkbusse, entgegnete Jan-Helge Henningsen (CDU).

So bleibt es, wenn der Hoch-

bahnsteig fertig ist (voraussichtlich Ende Mai), bei der früheren Regelung. Und in der Spindelstraße ändert sich erst etwas, wenn MoBiel eine mehrheitsfähige Alternative vorlegt. Vor deren Umsetzung sollen die Anwohner frühzeitig informiert werden, betonten die Bezirksvertreter.



Die Anlieger um Ute Heinrich finden Gehör. Die Buslinie 369 soll nicht dauerhaft durch die Spindelstraße fahren. Die Bezirksvertreter Frederik Suchla, Franz-Josef Tewes und Andre Langeworth folgten den Bedenken.

FOTO: ANDREAS ZOBEL

Händeringend Standort für Waldkita gesucht

Mehr Bedarf durch neue Wohnsiedlung

■ **Sennestadt** (SL). Die „Waldwichtel“ haben bereits einen festen Platz in der Kindergartenbedarfsplanung für das Jahr 2021/22. Vorgesehen sind 30 Plätze. Was der Elterninitiative aber immer noch fehlt, ist ein Standort für ihre zwei mobilen Waldkindergarten-Wagen in Eckardtshiem. Die Bezirkspolitiker aus Senne-stadt haben jetzt einen gemeinsamen Unterstützungsantrag auf den Weg gebracht.

Der Verein Waldwichtel habe ein gutes Konzept erstellt und versuche engagiert, seit einem halben Jahr alle Erfordernisse zu erfüllen. „Aber innerhalb der Verwaltung kommt es bis heute zu keiner lösungsorientierten Einigung, die einen Start ermöglicht“, kritisieren die Bezirkspolitiker. Das soll sich jetzt ändern. Gemeinsam mit der Stiftung

Bethel als Grundstückseigentümer im Bereich Wilhelmsdorf soll eine Lösung gefunden werden.

Im Süden von Sennestadt wird – insbesondere auch wegen der neuen Wohnbebauung auf dem ehemaligen Schilling-Gelände – noch eine viergruppige Kita benötigt. Dafür will die Sennestadt GmbH als Grundstückseigentümerin eine Fläche in direkter Nachbarschaft zur DRK-Kita „Abenteuerland“ zur Verfügung stellen. Das Jugendamt würde die neue Kita gerne als Erweiterung des „Abenteuerlandes“ planen und ebenfalls vom DRK betreiben lassen. So ließen sich auch die Außenflächen gemeinsam nutzen.

In der Nordstadt wird ebenfalls die Notwendigkeit und Realisierungsmöglichkeit für eine weitere Kita geprüft.

Tempo 30 in allen Innenstadt-Quartieren

Initiative fordert Vorrang für die Schwächsten im Verkehr – mit ungewöhnlichen Ideen. Verkehrsversuch sorgt teils für Kopfschütteln.

■ **Bielefeld** (aut). Engstellen für Fußgänger, Gefahren für Radfahrer – die Straßen in der Innenstadt weisen viele Schwächen auf. Das meint die Initiative „Mut zur Verkehrswende“. Sie fordert deshalb eine Verkehrsberuhigung in den innerstädtischen Quartieren – „mit Vorrang für die Schwächsten“. Ein wichtiges Mittel: Tempo 30 in allen Vierteln – ausgenommen Hauptverkehrsstraßen mit wichtiger Verbindungsfunktion.

Gerade in Mitte, wo 81.000 Menschen leben, gebe es viele Stellen mit zu viel Lärm und Abgasen, erläutert Reinhard Kranz, einer der Initiatoren des Aktionsbündnisses. Hauptver-

ursacher sei der Straßenverkehr. Am Beispiel des Ostmannurturviertels mit der August-Bebel-Straße, für das sich auch ein Nachbarschaftsrat einsetzt, zeigt die Initiative auf, wo die Probleme liegen und welche Eingriffe Hilfe böten.

Die August-Bebel-Straße trennt Wohngebiete von Schulen, Kirchen, Moscheen und Geschäften, gefährdet vor allem Kinder und Senioren bei der Überquerung. Unfälle mit Radfahrern nähmen zu. Wichtige Konsequenz: auf solchen Strecken müsse Tempo 30 die Regel sein – für mehr Sicherheit, Gesundheit, Wohn- und Lebensqualität. Das gelte nicht nur für die August-Bebel-Stra-

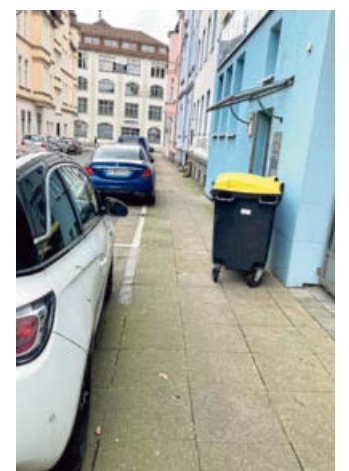
ße, wo ein Verkehrsversuch als Test von der Bezirksvertretung Mitte unterstützt wird, sondern auch für vergleichbare zweispurige Strecken wie Bleich- oder Brückenstraße, die Wohnquartiere teilen.

Unterstützend zur Beruhigung beitragen sollten Straßenmarkierungen, Fahrradstraßen, Aufpflasterungen an Einmündungen und Kreuzungen, Zebrastreifen und Querungshilfen, Einbahnstraßen und Verengungen. Langfristig müssten die Straßen so umgebaut werden, dass sie breite und sichere Rad- und Gehwege erhalten, etwa an der Herforder Straße, die am Ostmannurturviertel vorbeiführt.

Daneben müsse der Parkraum „restriktiv“ (mit höheren Gebühren) bewirtschaftet werden, um Anreiz zu schaffen, zu Fuß zu gehen und aufs Fahrrad umzusteigen. Ein Vorschlag: Jeder zehnte Autoparkplatz sollte zugunsten von Radboxen umgewidmet werden. Parken am Straßenrand sollte teurer sein als in gebührenpflichtigen Parkhäusern und Tiefgaragen. Um die großen Einpendlerströme in der Innenstadt zu reduzieren, wirbt die Initiative für mehr Park & Ride sowie besseren regionalen öffentlichen Nahverkehr. Das senke den Parkdruck in der City. Allerdings, so räumt auch Kranz ein, benötige Park & Ri-

de Platz. Wichtig sei auch, den Schwerlastverkehr aus den City-Vierteln herauszuhalten, etwa durch Durchfahrtsverbote. Ein Bündel von Maßnahmen sei für die Verkehrswende nötig: „Dazu sollte der Stadtrat den Mut aufbringen.“

Doch davon sind nicht alle überzeugt. In der Bezirksvertretung Mitte folgten Grüne, SPD, Linke und Partei zwar dem Verkehrsversuch August-Bebel-Straße. Doch CDU, FDP und AfD reagierten eher mit „Kopfschütteln“, so Alexandra Heckerth (CDU). Der Verkehr werde in andere Straßen verdrängt, belaste dort die Menschen und sorge für Staus. Das schade der Innenstadt.



Zu eng für Fußgänger: Wie hier an der August-Bebel-Straße sind schwächere Verkehrsteilnehmer oft benachteiligt. FOTO: INITIATIVE MUT ZUR VERKEHRSWENDE